



# FATALER COCKTAIL

Den Südtirolern blühen in diesem Jahr Rentenreform, Flat Tax und Bürgereinkommen. Welche Auswirkungen diese „Wohltaten“ auf uns haben.

Wer träumt nicht von einem roten Flitzer von Ferrari? Oder von einem tollen Geländewagen SUV der Marke BMW? Damit verbunden sind nicht selten Kindheitsträume, die sich manch einer verwirklichen mag.

Wer das 2019 tut, muss noch ein wenig tiefer in die Tasche greifen, als ohnehin schon erforderlich. Denn die italienische Regierung bestehend aus Fünf Sternen und Lega hat zum Jahresende ihr Haushaltsgesetz verabschiedet. Und darin verpackt, wie sie ihre Arbeit der kommenden zwölf Monate finanzieren will.

Ein Baustein dafür ist die Ökosteuer. Wer sich nun ein neues Auto anschafft,

das mehr als 160 Gramm des Treibhausgas CO<sub>2</sub> ausstößt, wird zur Kasse gebeten. Einmalig – angeblich. So fällt beispielsweise für die Anschaffung eines Porsche 911 eine Ökosteuer von 2.000 Euro an. Er bläst mehr als 200 Gramm CO<sub>2</sub> in die Luft.

Nun müssen einem die Halter von solch großen Autos nicht leidtun. Wer sich einen Porsche 911 leisten kann, für den sind 2.000 Euro mehr oder weniger kein Kriterium.

Im Gegenteil. Viele bewerten die Besteuerung für Neuwagen, die besonders viel schädliche Abgase ausstoßen, als Schritt in die richtige Richtung. Denn zugleich wird der Ankauf von Elektro-

und Hybridfahrzeugen gefördert. Mit bis zu 6.000 Euro.

Das sei, meint beispielsweise Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstituts (Afi), durchaus als positiver Ansatz zu betrachten. Er zählt noch einige weitere Dinge auf, die er auf seinem handgeschriebenen Merkblatt mit einem Smiley versehen hat: etwa die Angleichung von niedrigen Renten an die Inflation. Oder die Websteuer für die großen Internetkolosse wie Google oder Amazon. Oder aber die Entschädigung für Sparer, die mit dem Kauf von Aktien maroder Banken Verluste erlitten haben.

Auf der rechten Seite blickt ein verärgertes Gesicht von Perinis Merkblatt. In

dieser Spalte hat er aufgelistet, was in seinen Augen gar nicht gut ist. Heraus stehen vor allem drei Dinge: die Quote 100, das Bürgereinkommen und die Flat Tax.

Das sind nach Ansicht aller von ff befragten Fachleute die drei wesentlichen Punkte des neuen Haushaltsgesetzes der Regierung. Jede Maßnahme für sich betrachtet, sagt Afi-Chef Perini, mag ihre Berechtigung haben. „Aber in Kombination miteinander ergeben sie einen fatalen Cocktail.“

In einem hat er sicher recht: Hinter den unzähligen steuerlichen Maßnahmen steckt kein schlüssiges Konzept. Der Gesetzesartikel – das Haushaltsgesetz besteht nur aus einem einzigen Artikel – enthält über 1.000 Absätze.

Kindersitze reihen sich an Blindenhunde, Chöre und Musikkapellen werden unterstützt, Sammler von Trüffeln und Kräutern pauschal besteuert. Wenn irgendwo der Begriff „Kraut und Rüben“ eine Berechtigung hat, dann hier.

Dazu kommt, dass bei vielen Dingen noch unklar ist, wie sie umgesetzt werden sollen. Durchführungsbestimmungen und Dringlichkeitsverordnungen sind nötig. Das klingt nicht nur sperrig, das ist es auch.

„Der Teufel“, sagt Walther Andreus, Geschäftsführer der Südtiroler Verbraucherzentrale, „steckt wie immer im Detail.“ Denn was an Wohltaten bleibt am Ende für die Bürger noch übrig? Seit den Versprechungen des Wahlkampfes vor rund einem Jahr sind die Geschenkpakete von Fünf Sternen und Lega stetig kleiner geworden.

Man nehme zum Beispiel das Bürgereinkommen. Es war eines der zentralen Anliegen der Fünfsternebewegung. Anfänglich sprach sie von einem bedingungslosen Grundeinkommen. Es ging nahtlos in ein Bürgereinkommen über. Übrig geblieben ist, wie es derzeit aussieht, eine Art Mindestsicherung, die es in ähnlicher Form in Südtirol bereits seit Jahren gibt.

Dieses neue Bürgereinkommen soll arbeitslosen Menschen zugute kommen, die sich bereit erklären, ein etwaiges Arbeitsangebot anzunehmen. Dafür möchte die Regierung in diesem Jahr bis zu 7 Mil-

liarden Euro bereitstellen. Prinzipiell, sagt Verbraucherchef Andreus, sei ein Grundeinkommen nicht schlecht. Es könne den sozialen Zusammenhalt fördern. Aber: „Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen hat das nichts zu tun.“

Noch skeptischer wird dieses Bürgereinkommen von Georg Lun betrachtet. Der Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts der Handelskammer (Wifo) befürchtet, dass „Personen alimentiert werden, die ohnehin kein Interesse haben zu arbeiten“. Besonders groß sei diese Gefahr in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und viel Schwarzarbeit.

Der Einwand ist nicht so ohne Weiteres von der Hand zu weisen. Auch die Kosten für das Bürgereinkommen sind immens. Bereits in diesem Jahr musste sich die Regierung höher verschulden als erlaubt, um all die Wahlgeschenke – zumindest ansatzweise – verteilen zu können.

Weniger ins Gewicht wird da die Flat Tax fallen. Ursprünglich war sie von der Lega als Ausweg aus dem Steuerschlingel angepriesen worden – ein einheitlich niedriger Steuersatz für alle.

Daraus geworden ist eine Flat Tax für Kleinunternehmer und Freiberufler. Einkünfte bis zu 65.000 Euro können sie mit dem einheitlichen Steuersatz von 15 Prozent versteuern. Das ist weniger als bisher. Allerdings, sagt Wifo-Chef Lun, sei dies keine richtige Flat Tax. Vielmehr handle es sich um eine Erhöhung des Grundbetrages. Dies sei für die Begünstigten sicher eine positive Maßnahme.

Verbraucherchef Andreus zweifelt am Sinn dieses „Geschenks“, denn es betreffe nicht diejenigen, die es wirklich nötig hätten. Er spricht sich für progressive Steuersätze aus – wer mehr hat, soll mehr zahlen, und wer weniger hat, soll weniger

zahlen. Im konkreten Fall, sagt er, seien halt „ein paar Zuckerlen verteilt“ worden, aber nicht unbedingt an die Richtigen.

Ob die Quote 100 die Richtigen betrifft? Mit ihr sollen ab April Frühpensionierungen möglich sein. Und zwar für diejenigen, die mindestens 62 Jahre alt sind und mindestens 38 Arbeitsjahre auf dem Buckel haben. 62 und 38 ergibt 100 – also Quote 100.

Die Quote 100 bedeutet eine Abkehr vom Rentensystem, das von der ehemaligen Arbeitsministerin Elsa Fornero 2011 eingeführt wurde. Ihr Ziel war ein späterer Renteneintritt, um das wackelige Rentensystem in Italien zu stabilisieren.

Mit der Quote 100 gerät das mühsam im Lot gehaltene Gleichgewicht ins Wanken. 2019 will die Regierung dafür rund 4 Milliarden Euro aufwenden, im nächsten Jahr mehr als das Doppelte.

Afi-Chef Stefan Perini ortet zwei Knackpunkte bei der

Quote 100. Erstens: Wann können anspruchsberechtigte Frührentner tatsächlich in Pension gehen? Und zweitens: Wie groß wird der Abschlag für diejenigen sein, die die Quote 100 nutzen? Er vermutet, dass sich aufgrund der möglicherweise großen Abschläge viele gegen eine Frühpensionierung entscheiden werden.

Alex Weissensteiner, Wirtschaftsprofessor an der Uni Bozen, bewertet die Quote 100 als problematisch. Italien sei eines jener Länder, das den demografischen Wandel am stärksten zu spüren bekomme. Die Anzahl der Rentner werde in den nächsten Jahren stark steigen.

Weissensteiner kann sich daher nur schwer vorstellen, dass sich die Quote 100 positiv auswirkt. „Es besteht die Gefahr“, sagt er, „dass diese Regelung zu Lasten der jungen Generation geht.“

Karl Hinterwäldner

„ES SCHEINT MIR EHER, ALS SEIEN DA EIN PAAR ZUCKERLEN VERTEILT WORDEN.“

Walther Andreus, Verbraucherzentrale